

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/182

23. September 1971

Mitverantwortung durch Mitbestimmung

-----  
Gemeinden - die Hohe Schule der Demokratie

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen SPD-MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und  
Erster Vizepräsident des Deutschen Gemeindeg-  
tages

Seite 1 / 40 Zeilen

NPD im Zerfall

-----  
Bedenkliches Werben um den deutschen  
Rechtsradikalismus

Seite 2 und 3 / 68 Zeilen

Künstliche Aufregung

-----  
Die CDU und die Deutsche Kommunistische  
Partei

Seite 4 / 43 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder  
5300 Bonn 3, Heussallee 2-10  
Postfach: 8153  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 896 846/896 847  
896 846 PPP-D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Mitverantwortung durch Mitbestimmung

Gemeinden - die Hohe Schule der Demokratie

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen SPD-MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Erster Vizepräsident  
des Deutschen Gemeindetages

Die kommunale Selbstverwaltung Deutschlands hat in über  
einhundert Jahren in der Welt Anerkennung gefunden und  
ist mit Recht immer wieder als Modell angesehen worden, weil  
sie dem Bürger die Möglichkeit gegeben hat, im Gemeinwesen Mit-  
verantwortung zu übernehmen und - wie wir heute sagen - "mitzu-  
bestimmen".

Hunderttausende von Bürgern erleben die Demokratie sehr be-  
wußt in ihren Städten und Gemeinden. Ihre Verantwortungsbereit-  
schaft und ihre Mitarbeit sind ein wesentlicher Ansporn zur  
Überwindung der sogenannten Staatsverdrossenheit unserer Zeit.  
Wer nur mit dem Rechenstift, um vielleicht etwas einzusparen,  
diese gesunden Zellen unseres Staates beeinträchtigt, schadet dem  
demokratischen Staat mehr als durch Perfektion gewonnen werden  
kann. In der Gemeinde lernt der Bürger die Demokratie kennen.  
In ihr kann er lernen, politische Verantwortung zu tragen, in  
ihr arbeitet er und erkennt, was die Gemeinschaft für ihn leistet.

Auch im Falle der Bildung größerer Gemeinden sollten daher  
Ortschaftsräte und möglichst viele Fachausschüsse im Gemeinderat  
geschaffen werden, um auf diese Weise den Gemeindebürgern zu-  
sätzliche Möglichkeiten zur selbsttätigen Mitwirkung an den  
Gemeindeangelegenheiten zu eröffnen.

Nenn wir allerdings sehen, wie immer größere Gemeinden  
projektiert werden, ja, wie schon Stadtstaaten-Modelle vorge-  
schlagen werden, sollten die Verantwortlichen erkennen, daß die  
Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden richtig und wichtig  
ist, daß wir aber auch die Substanz des freiheitlichen Staates  
beeinträchtigen, wenn wir zehntausenden von Bürgern die Möglich-  
keit nehmen, in ihrer Kommune mitzubestimmen und Mitverantwortung  
zu tragen, zumal bisher wenig befriedigende Modelle dafür entworfen  
worden sind, wie den Bürgern die weitere Mitarbeit gesichert wird.

Parteien und alle Verantwortlichen sollten sehen, daß Klagen  
nicht mehr helfen, wenn erst einmal all jenen die Lust und Freude  
an der Verantwortung und Mitarbeit genommen wird, auf die der  
freiheitliche Staat heute zählen kann und deren vielfältiges  
Wirken für die Allgemeinheit so verdienstvoll ist. Es sollte auch  
nicht vergessen werden, daß gerade die Hohe Schule der Kommunal-  
politik besonders geeignet ist, dem politischen Nachwuchs das  
rechte Augenmaß zu vermitteln und daß sie eine große Zahl von ver-  
antwortlichen Männern in den politischen Parteien hervorgebracht  
hat, die das politische Gesicht unseres Staates seit 1945 ent-  
scheidend mitgeprägt haben.

(-/wr/23.9.1971/Ks)

NPD im Zerfall

Bedenkliches Werben um den deutschen Rechtsradikalismus

Seit Bestehen der Bundesrepublik haben es rechtsradikale Kreise mehrfach versucht, die in sich zerstrittenen Gruppierungen unter einem Hut zu vereinigen. Diese Bestrebungen sind allesamt gescheitert. Der letzte, ein wenig hoffnungsfreudiger erscheinende Versuch, diese politischen rechts-Außenseiter aus ihrem halben Untergrund zu befreien und in der NPD zusammenzuführen, gilt so gut wie gestorben. Es gilt nur noch die Leiche zu beerdigen. Nach Gründung der NPD gelang es ihren Einfluß auf Unzufriedene und auf die traditionell reaktionär eingestellten Randgruppen in unserer Gesellschaft auszudehnen. Bei Kommunal-, Kreis-, Bezirks- und Landtagswahlen konnten die Kandidaten dieser Partei einige Erfolge aufweisen: Anfang 1970 verfügten sie in diesen Parlamenten über 577 Abgeordnete. In den Parlamenten von Bremen und Baden-Württemberg hatten sie acht bzw. elf Abgeordnete. Damit war der Sättigungsgrad dieser Partei erreicht, von nun an ging es rapide abwärts: Bei den letzten Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein erhielt sie nur noch 2,7 bzw. 1,3 vH. Stimmenanteile. Die NPD wurde so vernichtend geschlagen, daß sie aufhörte ein Faktor im politischen Kalkül der Länderparlamente zu werden. Aber auch die Organisation zerfällt; der Mitglieder-schwund ist erheblich größer als der Mitgliederzugang.

Die Ursachen für den Zerfallsprozeß sind vielfältig. Die Rechtsradikalen konnten weder über Weg, die einzuschlagende Taktik, noch über die Ziele ihrer Bestrebungen einig werden. Persönliche Rivalitäten verstärkten den zentrifugalen Trend zum Nichts. Das Gerangel verschiedener 'Führer' mit dem ehrgeizigen Ziel, der richtige 'Retter der Nation' zu sein, gab die Partei in der Öffentlichkeit der Lächerlichkeit preis. Radikale Krawall-machei nach dem Schema 'Aktion Widerstand', rangeln sich mit 'honorigen' Bürgern, die zwar auch autoritär bestimmen, aber ohne allzuviel Spektakel ihre Ziele durchsetzen möchten. Skandalge-schichten, die Schüsse von Kassel und anderswo verdüsterten das

Bild, der zerstrittenen führungsschwachen NPD.

'Potentielle' NPD-Wähler - nicht jene einfachen Protestwähler -, haben sich jedoch nicht in Nichts aufgelöst; sie sind weiterhin bestrebt, sich eine Heimstatt für ihre extravaganten und teilweise abstrusen Ziele zu suchen. Zu entscheidenden Teilen haben sie bei der CDU/CSU Anschluß gesucht - und gefunden. Nun, das wäre an sich ein wünschenswerter und unter positiven Voraussetzungen den geistigen Wandlungsprozeß günstig zu beeinflussender Vorgang, der der Demokratie nur nützen könnte. Leider sind dazu einige Korrekturen erforderlich: Wenn Teile des NPD-Anhangs den Weg zur CDU/CSU suchen und finden, hoffen sie gleichzeitig, daß sich ihr Denkschema in diesen Parteien niederschlägt. Konservatives Denken ist ein weites Dach, unter dem die Reaktionäre aller Schattierungen Unterschlupf finden. Und, um diese radikalen Gruppierungen, ohne die eigenen Stämme zu verprellen zu gewinnen, ist es in den Unionsparteien üblich geworden, mit gespaltener Zunge zu sprechen. Betulich moralisierend oder betont staatsmännisch für und bei offiziellen Bekundungen. Beim Hausgebrauch oder in Versammlungen ist man weniger wählerisch, da gelten andere Regeln. Von Strauß, Marx, Barzel zu Frey und von Thadden gibt es ein breites Band sprachlicher Ausdrucksfähigkeit - in der Argumentation, vor allem in ausenpolitischen Fragen, suchen sie sich zu gleichen.

Seit Bestehen der sozial-liberalen Koalitionsregierung haben sich manche Sprecher der Unionsparteien, sowie rechtsradikale Gruppen, die Außenpolitik von Brandt/Scheel zur Zielscheibe ihrer halbgenen Ergüsse unterschiedlichster Art gemacht. Die Töne, die dabei an vergangene Zeiten in der Weimarer Republik erinnern, lassen aufhorchen. Das deutschnationale, Eugenberg'sche Sprachreservoir gegen die Demokratie erschöpfte sich bekanntlich in Verdächtigungen, im 'Verrat an Deutschland' und am 'Dolchstoß'. Von dort zu einem gewissen Hitler war es nur eine kurze Wegspanne. Wer heute den 'Bayern-Kurier' und andere der CDU/CSU nahestehende Presserzeugnisse - nicht zuletzt gewisse Blätter im Springer-Konzern -, mit den Auslassungen der verlounderischen 'Soldaten-Zeitung' vergleicht - und wer die stark emotional eingefärbten Wortwendungen von Strauß bis Barzel aufnimmt, dem können verdächtige gemeinschaftliche Töne nicht entgangen sein. (wr/wr/23.9.1971/ks)

### Künstliche Aufregung

#### Die CDU und die Deutsche Kommunistische Partei

Seit 1968 gibt es in der Bundesrepublik die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Sie entstand in der Zeit der Großen Koalition, in der die CDU mit Kiesinger den Bundeskanzler und mit Benda den Innenminister stellte. Beide führende CDU-Politiker tolerierten damals diese politische Neugründung, sie sahen in ihr keine Bedrohung des Staates. Wäre sie gegeben gewesen, dann hätte es die Pflicht des damaligen Innenministers Dr. Benda sein müssen, als Hüter der Verfassung dagegen einzuschreiten.

An der Tätigkeit und der politischen Zielsetzung der DKP hat sich inzwischen nichts geändert, sie führt, von der Öffentlichkeit fast unbeachtet, doch ein recht bescheidenes Dasein, ihre verschiedenen Anläufe, Fuß in Länderparlamenten und im Bundestag zu fassen, kamen nicht zum Tragen. Heute wie damals ist sie zur Rolle einer bedeutungslosen Minderheit verurteilt, stößt sie bei der überwältigenden Mehrheit der Bundesbürger auf Ablehnung. Die für die innere Sicherheit der Bundesrepublik verantwortlichen Behörden haben bisher noch keinen Anlaß gesehen, auf ein Verbot der DKP hinzuwirken. Es fehlt hierzu an Gründen. Für den Fall, daß es Gründe gäbe, oder in Zukunft geben könnte wäre es töricht und verantwortungslos, in der Öffentlichkeit einen Streit über Verbot oder Nichtverbot auszulösen. Sicherheitsfragen, so sollte man meinen, eignen sich nicht für einen innenpolitischen Schlagtausch.

Bundesinnenminister Genscher hat deshalb recht getan, eine gezielte und für durchsichtige Zwecke gestellte kleine Anfrage der CDU, ob die DKP verfassungsfeindlich sei, nicht zu beantworten. Dr. Barzel, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, leitet daraus in künstlicher Entrüstung eine Brüskierung des Parlaments ab und steigerte sich zu der Behauptung, daß die "Ostpolitik dieser Regierung" zwangsläufig Auswirkungen auf die Verfassung unseres Landes und seine demokratische Ordnung haben müsse. Damit unterstellt der CDU-Fraktionsvorsitzende der Bundesregierung, sie begünstige kommunistische Umtriebe, habe kein Gespür für innere Gefahren und sehe tatenlos einer Bedrohung unserer freiheitlichen Verfassung zu.

Herr Dr. Candidus Rainer Barzel weiß es natürlich besser, aber er weiß auch, was er mit diesem Satz sagte. Hier sprach kein nüchtern denkender Politiker, wohl aber ein hemmungsloser Wahlkämpfer, den Verdächtigungen und die immotionale Aufpeitschung von Furchtkomplexen geeignete Mittel in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zu sein scheinen. Glaubt Barzel sich dadurch als CDU-Kanzlerkandidat das Wohlwollen des Herrn Strauß zu sichern?  
(ex/ex/23.9.1971/ks)